

KÖNIGSBERG

Angriff auf die Kultur

Es gibt kaum noch deutsche Spuren in Ostpreußens früherer Hauptstadt, dem heute russischen Kaliningrad. Dass sie radikal getilgt werden, dafür sorgt auch die Russisch-Orthodoxe Kirche. Die will sich jetzt ausgerechnet den Königsberger Dom übereignen lassen – das einstige Wahrzeichen der Stadt, im Krieg zerstört und seit 1992 mit bislang sieben Millionen Euro Spenden wieder aufgebaut. Die Hamburger „Zeit“-Stiftung finanzierte das neue Dach, Berlin zahlte die Restaurierung des Grabmals von Immanuel Kant, und im vorigen Jahr wurde die von der Potsdamer Firma Schuke neuerrichtete Orgel geweiht. Die Russisch-Orthodoxe Kirche interessierte der Dom bislang nicht; sie hatte sich vor drei Jahren eine 73 Meter hohe Marmorkathedrale errichtet. Durch den geplanten Wiederaufbau der Altstadt

gewinnt das weitläufige Domareal jedoch schlagartig an Wert. In einem Schreiben vom 1. April (Aktenzeichen 1239/6) an „Seine Hohe Exzellenz“, Ministerpräsident Wladimir Putin, drängt Russlands geschäftstüchtiger Patriarch Kirill auf die „schnellstmögliche Überführung von Objekten mit religiöser Zweckbestimmung“ aus öffentlichem Besitz in das Eigentum seiner Kirche – erst recht im früher deutschen Kaliningrader Gebiet, weil es dort angeblich „interkonfessionelle Spannungen“ zu vermeiden gelte. Dass es den Orthodoxen um den fast 700 Jahre alten Dom geht, hatte zuvor der Sekretär des zuständigen Bistums präzisiert. Die Forderung der russischen Staatskirche sei „ein Verbrechen und ein Angriff auf die Kultur dieser Stadt“, kommentiert der Chef der Dombaufirma, Igor Odinzow, das unfrome Begehren: Sie habe „mit dem Dom der Lutheraner nichts zu tun, nicht mit seiner Architektur und schon gar nicht mit seiner Geschichte“.

Dom in Kaliningrad



DIRK EISERMANN / LAIF

SOMALIA

Ruf nach Beistand

Scheich Sharif Ahmed, der Präsident der Übergangsregierung, ist in Not. Im Januar ist der Muslim erst ins Amt gekommen; nun musste er an die internationale Gemeinschaft appellieren, ihm gegen die radikalen Islamisten der Schabab- und der Hisb-al-Islam-Milizen stärker militärisch zur Seite zu stehen. Die attackieren Regierungstruppen und verbündete Milizen im Zuge einer neuen Offensive. Sie greifen den Präsidentenpalast mit Mörsergranaten an und beschießen selbst Krankenhäuser. Allein im Mai sollen rund 70 000 Menschen aus Mogadischu geflüchtet sein.

Unterstützt werden die Islamisten neuerdings von Hunderten Freiwilligen, nicht nur aus arabischen Ländern. Westliche Geheimdienste wollen mindestens 290 Kämpfer identifiziert haben, die allein in den vergangenen Wochen aus den USA, Kanada, Europa, aber auch aus Pakistan und Afghanistan eingesickert seien. Der Vormarsch der Radikalen dürfte auch mit der Rückkehr von Hassan Dahir Aweys aus dem Exil in Eritrea zu tun haben. Der Ultra-Islamist beschimpft die Regierungsmitglieder als „Ungläubige“, die ausgemerzt werden müssten. Ein Frieden sei erst möglich, nachdem eine islamische Republik errichtet sei. Präsident Sharif Ahmed wird zwar von 4300 Soldaten der Friedenstruppe der Afrikanischen

Union (AU) unterstützt, kontrolliert aber nur kleine Teile Mogadischus und des Landesinneren. Die AU, die auf einer afrikanischen Lösung des Konflikts besteht, konnte bislang keine weiteren Truppen mobilisieren.

Regierungstreue Milizionäre



ABDURASHID ABDULLE / AFP

SERBIEN

Zweifel an Belgrad

Die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal sollte zum Prüfstein für eine Annäherung Belgrads an die EU werden und im ersten Schritt Zugeständnisse wie die Visa-freiheit nach sich ziehen. Diese Hoffnung der serbischen Regierung droht nun zu platzen. Denn in seinem Bericht an den Uno-Sicherheitsrat, der Anfang Juni vorgelegt wird, äußert der Chefankläger des Haager Tribunals, Serge Brammertz, offenbar starke Zweifel an Belgrads Bereitschaft zur Zusammenarbeit. In dem Bericht wurden zwar Fortschritte bei der Aushändigung von Dokumenten und der Zusammenarbeit serbischer Sicherheitsbehörden eingeräumt, heißt es in der Hauptstadt. Aber Brammertz lasse keine Zweifel an seiner Überzeugung aufkommen, dass sich die beiden gesuchten Kriegsverbrecher Ratko Mladić und Goran Hadžić noch immer „im Zugriffsbereich“ serbischer Behörden aufhielten. Ihre Auslieferung gilt in Brüssel als Voraussetzung für eine engere Kooperation. In den vergangenen Monaten hat die serbische Regierung ihre jahrelange Hinhaltepolitik fortgesetzt: mit spektakulären Hausdurchsuchungen, angeblich fehlgeschla-



Fahndungsplakat mit Mladić 2002

genen Verhaftungsaktionen oder Falschmeldungen wie jener, wonach sich General A. D. Mladić in Moskau verstecke. Geheimdienstexperten argwöhnen gar, der Gesuchte befände sich längst im Gewahrsam der serbischen Geheimpolizei – die Auslieferung werde nur aus „nationalen Sicherheitsgründen“ hinausgezögert. Denn ein Geständnis des chole-rischen und leicht zu provozierenden Ex-Militärs, wonach er seine Befehle im Bosnien-Krieg auch aus Belgrad erhielt, könnte womöglich milliardenteure Forderungen nach Reparationszahlungen provozieren.